

Spandauer Zeitung

Einzelnummer 10 Pfennig.

Bezugspreis: Wöchentlich 36 Pf. und 4 Pfennig für Botenlohn. Beim Bezuge durch die Postanstalten für den Monat 1.50 M. ansl. Bestellgeld. — Im Falle von Betriebsstörung, Streik oder Ausfallung der Postämter keine Haftung auf Nachlieferung oder Ersatzleistung des Bezugspreises. — Druck u. Verlag: Städt. Anst. Spandau. — Verantwortl. Schriftleiter: für Politik Dr. Bruno S. Kahn, Wilmersdorf, für Lokal- und den übrigen Teil Georg Eichenbach, für Anzeigen Bruno S. R. Sander, beide Spandau.

General-Anzeiger für Spandau und Umgegend

Ämtliches Organ

mit rechtsverbindlicher Publikationskraft

für staatliche und kommunale Behörden

Erscheint täglich nachmittags

mit Ausnahme der Sonn- und gesetzlichen Feiertage. Geschäftsstelle Berlin-Spandau, Neuenborser Straße 101. Fernruf: Alle Anschläge unter Sammelnummer 4071.



Heute: 2 Beilagen:

„Die Frau und ihre Welt“ — „Die bunte Welt“

Anzeigenpreis: Die zehnjährige Kolonialzeit oder deren Raum 36 Pf., die dreijährige 1.80 M. — Tagesblätter: 20 Pf. — Wochenblätter: 20 Pf. — Monatsblätter: 1.50 M. — Anzeigenpreis: Die zehnjährige Kolonialzeit oder deren Raum 36 Pf., die dreijährige 1.80 M. — Tagesblätter: 20 Pf. — Wochenblätter: 20 Pf. — Monatsblätter: 1.50 M. — Anzeigenpreis: Die zehnjährige Kolonialzeit oder deren Raum 36 Pf., die dreijährige 1.80 M. — Tagesblätter: 20 Pf. — Wochenblätter: 20 Pf. — Monatsblätter: 1.50 M.

Nummer 97.*

Mittwoch, 26. April 1925

40. Jahrgang.

Der Goldbestand der Welt.

Das Abflinken des Dollars, der vor gar nicht allzu langer Zeit der Inbegriff der Währungsstabilität war, hat die Welt wie eine Alarmnachricht durchleuchtet. Jedoch hat man sich überraschend schnell wieder beruhigt. Seit das englische Pfund ins Wanken gekommen ist, wundern wir uns nicht mehr über Ereignisse in der internationalen Währungspolitik, deren Eintreten noch vor Jahresfrist als unmöglich bezeichnet wurde. Die guten Zeiten der amerikanischen „Prosperity“ sind weiter nichts als eine schöne, schon reichlich verblähte Erinnerung geblieben. Alles Gold der Erde schien in Amerika, dem Goldland der Welt, zusammenzufließen. Die Banken waren mit Geld überfüllt, und das Wohlgehen aller schien sprunghaft Fortschritte zu machen. Von Laien, aber auch von bedeutenden Finanzleuten, Wissenschaftlern und Wirtschaftspolitikern wurde das Wohlgehen der Nation mit der Höhe des Goldbestandes gleichgesetzt, und man glaubte, ungeachtet aller wirtschaftlichen Gelehe, an ein ewiges Blüten der Konjunktur. Als in dieser Zeit aus Deutschland der damals noch nicht in dem Maße bekannte Leiter des Instituts für Konjunkturforschung, Professor Wagemann, die Warnung aussprach, daß die Konjunktur einmal ein Ende nehmen müsse, hielt man ihm die Berge von Gold und die unerlöschliche Flüssigkeit der amerikanischen Banken entgegen.

Recht bald jedoch wurde die ewige „Prosperity“ von dem wirtschaftlichen Niedergang verdrängt. Auch der Amerikaner mußte wohl oder übel erkennen, daß Geld und Gold allein für eine dauerhafte, gesunde Wirtschaft nicht ausschlaggebend sind. Man versuchte, die erschlaffte Stellung des Dollars auf dem internationalen Markte durch Goldabgaben zu befestigen. Und als auch das nichts half, erließ Amerika ein Goldembargo. Niemand weiß, wie Präsident Roosevelts Politik der beschränkten Inflation sich in Zukunft entwickeln wird. Das Gold ist wieder einmal Tagesgespräch in aller Welt geworden. Man streitet heftig für und wider den Goldstandard und viele, die aus den ganzen Ereignissen nichts gelernt haben, verwechseln wieder oder noch immer das Gold mit dem Wohlstand einer Nation. Wenigstens ist das Interesse an den Goldbeständen der Welt wach geworden, und man zieht aus diesen und ihrer Verteilung die verschiedensten Schlüsse. Man muß sich jedoch immer wieder vergegenwärtigen, daß der Goldbestand allein keinen Wertmesser für das Gedeihen eines Staates bildet.

Im Jahre 1925 besaß Amerika den größten Anteil am Gesamtgoldbestand der Erde, den man damals auf etwa 45 Milliarden Mark schätzte. Heute beträgt der Gesamtgoldbestand rund 50 Milliarden Mark. 1925 besaß Amerika für 18 Milliarden Gold und begann bereits unter diesem Ueberfluß zu leiden. In der Finanzpolitik begann man sich gegen eine weitere Steigerung des Goldbestandes und eine Aufspeicherung in den Banken auszusprechen und vertrat die Ansicht, das Gold möglichst wieder in den Umlauf zu bringen. Infolgedessen sank der Goldbestand in den nächsten zwei Jahren, krieg jedoch im Jahre 1929 wieder ein wenig an. Mittlerweile war der Goldbestand der Welt um 3 Milliarden angewachsen, betrug also damals etwa 49 Milliarden Mark. Das Goldverhältnis begann sich jetzt immer mehr zugunsten Frankreichs zu verschieben. Frankreich hortete Gold über Gold und ist heute das Land mit dem verhältnismäßig größten Bestand dieses Metalles. Deswegen hat Frankreich auch heute Grund, über die amerikanischen Maßnahmen besonders stark beunruhigt zu sein, die doch ohne Zweifel beunruhigen sollen, daß Gold allein nicht bestimmend in der Weltwirtschaft sein kann. Für alle Länder aber beunruhigt die amerikanische Maßnahme, die von neuem die ganze Weltwirtschaft beunruhigt, eine dringende Notwendigkeit der Verständigung über die Goldfrage im Rahmen der Weltwirtschaftskonferenz, die seit zwei Jahren vorbereitet wird, bis jetzt aber noch nicht zustande gekommen ist.

Vergleicht man die wirtschaftliche Bedeutung der einzelnen Länder mit der Verteilung der Goldvorräte, dann zeigt es sich, daß Gold nicht durch sein Vorhandensein, sondern durch die geradezu sinnlose Verteilung die Weltwirtschaft im stärksten Maße beunruhigt und stets von neuem erschüttern wird, wenn nicht eine Wirtschaftskonferenz aller Nationen diese Gefahr bereinigen wird. Der Goldbestand der Erde in geprägtem Gold wird heute auf 52,1 Milliarden Mark geschätzt, davon besitzen die Vereinigten Staaten immer noch 18,7 Milliarden, haben also ihren Bestand gegen 1925 kaum verändert, wohl aber ist ihr Anteil verhältnismäßig zurückgegangen, da ja inzwischen der Goldbestand der Erde um über 10 vom Hundert gewachsen ist. Frankreich verfügt heute über 13,3 Milliarden gemünzten Goldes, ist also das verhältnismäßig goldreichste Land der Erde. Dieser hohe französische Goldbestand nun steht in gar keinem Verhältnis zu der Bedeutung der französischen Wirtschaft in ihrem Anteil an der

Wieder Abrüstungskonferenz.

Genf, 26. April. Die Abrüstungskonferenz hat nach fast vierwöchiger Unterbrechung ihre Arbeiten wieder aufgenommen. Unter dem Vorsitz des Präsidenten Henderson eröffnete der Hauptauschuß gestern nachmittags seine Verhandlungen über den großen, von Mac Donald eingereichten Abkommensentwurf der englischen Regierung. An der Sitzung nahmen der amerikanische Sonderbotschafter Norman Davis, Botschafter Adolony, der englische Staatssekretär Eden, Botschafter Domagawski und als Vertreter Frankreichs Massigli teil. Die erste Sitzung hinterließ keinen vielversprechenden Gesamteindruck. Die Hoffnung, daß die Osterpause auf diplomatischem Wege zur Förderung der Abrüstung benutzt werden würde, hat sich nicht erfüllt.

Entgegen der ursprünglichen Absicht fand keine Generalaussprache über den englischen Plan statt. Der Hauptauschuß trat nach einer kurzen Beglückwünschung des Präsidenten Henderson durch Norman Davis zu der Verleihung des Carnegiepreises sofort in die Ausprache über die einzelnen Artikel des ersten Teiles des englischen Abkommensentwurfes ein, der die sicherheitspolitischen Fragen behandelt, jedoch steht jetzt bereits fest, daß eine grundsätzliche Aufröhlung der gesamten sicherheitspolitischen Fragen zunächst noch nicht stattfinden wird.

Die amerikanische Abordnung hat vertraulich dem Präsidenten wissen lassen, daß sie zu einer Erörterung der sicherheitspolitischen Fragen mangels Weisungen gegenwärtig nicht in der Lage sei. In unterrichteten Kreisen wird angenommen, daß diese auffällige Haltung der amerikanischen Regierung auf die gegenwärtig in Washington laufenden großen Besprechungen zwischen Mac Donald, Roosevelt und Herriot

über die Lösung der Abrüstungs- und Sicherheitsfrage zurückzuführen ist und aus diesem Grunde der Washingtoner Regierung die gleichzeitige Behandlung der Sicherheitsfrage in Genf in keiner Weise wünschenswert erscheint.

Präsident Henderson beschränkte sich daher in der Eröffnungssitzung darauf, den Mächten, die Zusatzanträge eingebracht hatten, das Wort zu erteilen. Von einer gewissen politischen Bedeutung sind die Anträge der polnischen und französischen Delegationen. Während die polnischen Anträge darauf ausgingen, den Völkerbund in den von England vorgeschlagenen Konsultationspakt stärker einzuschalten und die Rolle, die den Großmächten in diesem Pakt zugedacht ist, abzuschwächen, versuchte die französische Delegation, auch hier wieder in den Ausbau des Sicherheitssystems den europäischen Hilfeleistungspakt einzubauen. Der Vertreter Großbritanniens, Unterstaatssekretär Eden, nahm in einer kurzen Interpellation zu den bis jetzt vorliegenden Anträgen Stellung. Seine Ausführungen ließen erkennen, daß England bemüht ist, unter kleineren Zugeständnissen die englischen Vorschläge in ihrer ursprünglichen Gestalt zu erhalten. Präsident Henderson schloß die Sitzung mit der Aufforderung an den Auschuß, schnellere Arbeit zu leisten, damit in zwei Monaten eine Abrüstungskonvention fertiggestellt werden könne. Er kündigte an, daß zur Beschleunigung der Arbeiten er versuchen werde, bereits in der Mittwochssitzung über den ersten sicherheitspolitischen Teil des englischen Entwurfes abstimmen zu lassen.

Der Effektivauschuß der Abrüstungskonferenz nahm gleichfalls gestern seine Verhandlungen wieder auf und beschloß, am Mittwoch die Arbeit mit der Frage der Einbeziehung der Polizeikräfte in die effektiven Truppenbestände auf Grund der Berichte einzelner Abordnungen zu beginnen.

Stabilisierungspläne in Washington.

Washington, 26. April. Bei den Besprechungen haben, wie verlautet, Roosevelt und Mac Donald bereits ein endgültiges Uebereinkommen über die grundlegenden Fragen erzielt. Das abgeschlossene Abkommen enthält die folgenden Punkte: 1. Der amerikanische Dollar und das englische Pfund sollen auf natürlicher Grundlage etwa im gegenwärtigen Verhältnis stabilisiert werden. 2. Die beiden Regierungen verpflichten sich, keine Manipulationen vorzunehmen, um durch künstliche Entwertung eine Währung gegen die andere auszuspielen. 3. Es wird als wünschenswert betrachtet, die Weltmarktpreise durch Abschaffung der Zollmauern und mit Hilfe einer kontrollierten Weltinflation zu erhöhen. 4. Die Fragen der Heranziehung des Silbers als Währungsmetall, der Handelsverträge und der Kriegsschulden sollen späteren Verhandlungen vorbehalten bleiben.

Schacht am 5. Mai in New York.

Zur Reise von Reichsbankpräsident Dr. Schacht nach Washington verlautet ergänzend folgendes: Die Reichs-

regierung hat den Reichsbankpräsidenten gebeten, der Einladung der amerikanischen Regierung Folge zu leisten und bei den Washingtoner Verhandlungen die Vertretung der Reichsregierung zu übernehmen. Die Einladung lautete dahin, der Reichskanzler, ein Kabinettsmitglied oder ein Spezialvertreter möge nach Washington kommen. Da sowohl der Reichskanzler wie die Kabinettsmitglieder gegenwärtig nicht abkömmlich sind, hat sich der Reichsbankpräsident bereit erklärt, nach Washington zu reisen. Er wird am 5. Mai auf der „Deutschland“ in New York eintreffen.

In seiner Begleitung werden sich nur wenige Herren befinden. Im Augenblick steht lediglich fest, daß Vertreter der Reichsbank und des Reichsfinanzministeriums dem Reichsbankpräsidenten begleiten werden. Vielleicht wird noch ein weiterer Herr hinzutreten. Die Ereignisse und Entwicklungen in den Vereinigten Staaten machen es, wie man in unterrichteten Kreisen betont, erwünscht und durchaus notwendig, daß ein Mann von den speziellen Kenntnissen und dem Vertrauen auf dem Gebiete der Währungspolitik, den gerade Dr. Schacht in Nordamerika genießt, die Reichsregierung in Washington vertritt.

Weltwirtschaft. Dieses Mißverhältnis wird am besten deutlich, wenn man bedenkt, daß die deutsche Wirtschaft, deren Bedeutung für die Weltwirtschaft ja ungleich größer ist als die französische, nur über 0,54 Milliarden Mark Gold verfügt. Desgleichen steht der englische Goldbestand in keinem Verhältnis zu der Bedeutung des englischen Wirtschaftsgebietes, da er nur 2,9 Milliarden Mark beträgt.

Die Neuordnung der evangelischen Kirche.

Berlin, 26. April. Mit den gestrigen Beratungen des Deutsch-Evangelischen Kirchenausschusses ist die in den letzten Tagen vielfach erörterte verfassungsmäßige Neuordnung der evangelischen Kirche nun auch von den leitenden Instanzen der Kirche selbst eingeleitet worden. Der Deutsch-Evangelische Kirchenausschuß ist das geschäftsführende und vollziehende Organ des evangelischen Kirchendebates. Er besteht aus 36 Mitgliedern, von denen die Hälfte vom Kirchenbundestag aus seiner Mitte bestimmt und die andere Hälfte vom Kirchentag aus seiner Mitte gewählt wird. Der evangelische Kirchenbund ist im Jahre 1922 auf die korporative Zusammenfassung der 28 deutschen evangelischen Landeskirchen gebildet worden, nachdem am 25. Mai des gleichen Jahres die neue evangelische Kirchenverfassung in feierlicher Sitzung in der Schlosskirche in Wittenberg verabschiedet worden war.

Dieser diegestaltige und auch von evangelischen Kreisen als schwerfällig anerkannte Verwaltungsapparat der evangelischen Kirche läßt es in diesen Tagen der Neuordnung aller Dinge als notwendig erscheinen, auch dem organisatorischen Aufbau der evangelischen Kirche neue Gestalt zu geben. Hingzu kommt, daß mit der Kirchenverfassung von 1922 an Stelle des landesherrlichen Kirchenregimentes eine synodale Kirche getreten ist, die

mit allen Fehlern und Schwächen eines parlamentarischen Systems behaftet war. In weiten Kreisen der Kirche bestand schon lange der Wunsch, an die Stelle der Synodalverfassung die Episkopalverfassung zu setzen, d. h. aus dem parlamentarischen System herauszutreten und im Sinne des Autoritätsgedankens die Verantwortung der leitenden Persönlichkeit zu stärken. Bei aller Anerkennung der geschichtlich begründeten Zielgültigkeit des Evangelischen überwiegt man in evangelischen Kreisen nicht die Notwendigkeit, das evangelische Deutschland mehr als bisher auch kirchlich-organisatorisch einheitlich zusammenzufassen. Der Führergedanke kommt ganz deutlich in dem gestrigen Beschluß des Kirchenausschusses zum Ausdruck, der dem Präsidenten D. Dr. Kapler weitestgehende Vollmachten für die Durchführung dieser Aufgaben erteilt hat. (Siehe auch die dritte Seite des Hauptblattes.)

Weltwirtschaftskonferenz am 12. Juni.

Washington, 26. April. Roosevelt und Mac Donald sind übereingekommen, den 12. Juni zum Eröffnungstag der Weltwirtschaftskonferenz zu bestimmen.

Selbstmordversuch des Generalrepräsentanten der Derop.

Hamburg, 26. April. Der Generalrepräsentant der Deutsch-luischen Petroleumgesellschaft, der gestern festgenommen werden sollte, begab sich beim Erscheinen der Beamten in ein Neben-zimmer, angeblich um seinen Paß zu holen. In diesem Zimmer hat er sich dann mit einer Schußwaffe tödlich selbst erschossen.